



Haushalts- und Finanzausschuß

67. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

14. Dezember 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.40 Uhr bis 11.30 Uhr;

12.30 Uhr bis 13.35 Uhr

Vorsitz: Leo Dautzenberg (CDU)

Stenograph/in: Franz-Josef Eilting, Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Siebtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - Siebtes ÄndLBesG)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2928

Drucksache 12/3287 (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)

Vorlagen 12/2387, 12/2439, 12/2495 und 12/2497

Der Ausschuß berät den Gesetzentwurf abschließend.

Der **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Vorlage 12/2497** wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN **Vorlage 12/2495** wird gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

^{*)} Vertraulicher Teil siehe Vertrauliches Ausschußprotokoll 12/29

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 12/2928** unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen**.

Berichterstatter: Robert Krumbein (SPD)

- 2 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3302 und 12/3550
in der Fassung nach der zweiten Lesung
Drucksache 12/3517

Schlußberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der **Gesetzentwurf** der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung wird ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **zur dritten Lesung angenommen**.

Berichterstatter: Reinhold Trinius (SPD)

3 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz) 4

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/3300, 12/3400 (1. Ergänzung) und Drucksache 12/3550 (2. Ergänzung) in der Fassung nach der zweiten Lesung

Drucksachen 12/3500 bis 12/3503, 12/3505, 12/3508, 12/3510 bis 12/3516

Vorlage 12/2498 (Änderungsanträge der Fraktion der CDU)

Vorlage 12/2499 (Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN)

Aufgerufen sind ferner alle in der Schlußsitzung zur zweiten Lesung vorgelegenen Beratungsunterlagen sowie alle den Haushaltsentwurf 1999 betreffenden Zuschriften

Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 12/3552 enthält sämtliche zur dritten Lesung gefaßten Beschlüsse, den Wortlaut aller gestellten Anträge mit der jeweiligen Begründung sowie Ausführungen über die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen.

Der Diskussionsteil enthält die Diskussionen zu den folgenden **offenen Beratungspunkten** aus der Schlußsitzung zur zweiten Lesung:

- **Sachstand der Beratungen zur Stellenausstattung der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen im Bereich der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter** 5
- **Zahlung der Restkaufsumme von 100 Millionen DM für den Verkauf des Landesanteils am Düsseldorfer Flughafen** 6
- **Einzelplan 02:**
Offene Fragen aus dem Berichterstattergespräch - Vorlage 12/2438 8
- **Einzelplan 20, Kap. 20 020 Tit. 685 10:**
Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer 9

Nach Abstimmung über die Änderungsanträge faßt der Ausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

"Der Finanzminister wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz in Kapitel 20 020 Titel 371 10 'Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlußsummen des Haushaltsplans' zu verändern."

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** und damit der Haushaltsplan in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen**.

Berichterstatterin: Gisela Meyer-Schiffer (SPD)

4 **Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1998 bis 2002**

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 12/3301

Der Ausschuß **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, die Unterrichtung durch die Landesregierung zur **Kenntnis zu nehmen**.

Berichterstatter: Lothar Niggeloh (SPD)

5 **Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Gruppenstärken und über die Betriebskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Betriebskostenverordnung - BKVO)**

Vorlagen 12/2416 und 12/2484

Zuschriften 12/2538, 12/2539, 12/2542, 12/2548, 12/2566 und 12/2567

Der Ausschuß **stimmt** dem Verordnungsentwurf - Vorlage 12/2416 - ohne Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen

der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu.

6 Gesetz zur Neufassung des Landesreisekostengesetzes, zur Änderung des Landesumzugskostengesetzes, zur Änderung des Ausschußmitglieder-Entschädigungsgesetzes und zur Überlassung von Parkflächen bei Landesbehörden

12

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2960

Vorlagen 12/2083, 12/2236 und 12/2493

Zuschriften 12/2036, 12/2037, 12/2046, 12/2049, 12/2050, 12/2051, 12/2054, 12/2055, 12/2066, 12/2067, 12/2069, 12/2070, 12/2077, 12/2078, 12/2079, 12/2081, 12/2083, 12/2086, 12/2131, 12/2161, 12/2180, 12/2535

Ausschußprotokoll 12/917

Nach Berichterstattung aus dem Unterausschuß "Personal" übernimmt der Ausschuß den in der Sitzung des Unterausschusses mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommenen **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN (*siehe dazu Beschlußempfehlung und Bericht Drucksache 12/3594*) mit demselben Stimmverhalten.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf Drucksache 12/2960** unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen**.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

7 Verschiedenes

13

Verabschiedung des Ausschußvorsitzenden Leo Dautzenberg.

4 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1998 bis 2002

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 12/3301

Keine Wortmeldungen. (*Ergebnis siehe Beschlußteil.*)

5 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Gruppenstärken und über die Betriebskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Betriebskostenverordnung - BKVO)

Vorlagen 12/2416 und 12/2484

Zuschriften 12/2538, 12/2539, 12/2542, 12/2548, 12/2566 und 12/2567

Keine Diskussion. (*Ergebnis siehe Beschlußteil.*)

6 Gesetz zur Neufassung des Landesreisekostengesetzes, zur Änderung des Landesumzugskostengesetzes, zur Änderung des Ausschußmitglied-Entschädigungsgesetzes und zur Überlassung von Parkflächen bei Landesbehörden

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2960

Vorlagen 12/2083, 12/2236 und 12/2493

Zuschriften 12/2036, 12/2037, 12/2046, 12/2049, 12/2050, 12/2051, 12/2054, 12/2055, 12/2066, 12/2067, 12/2069, 12/2070, 12/2077, 12/2078, 12/2079, 12/2081, 12/2083, 12/2086, 12/2131, 12/2161, 12/2180, 12/2535

Ausschußprotokoll 12/917

Vorsitzender Leo Dautzenberg teilt mit, der mitberatende Ausschuß für Innere Verwaltung habe einstimmig beschlossen, auf ein Votum zu verzichten. Der mitberatende Verkehrsausschuß habe am 1. Oktober 1998 über den Gesetzentwurf der Landesregierung beraten. Im Hinblick auf die Verabschiedung des Gesetzentwurfs in der nächsten Woche sei keine weitere Sitzung möglich gewesen, so daß kein Votum des Verkehrsausschusses vorliege.

Der Unterausschuß "Personal" habe am 19. August 1998 eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt. Die Ergebnisse habe der Unterausschuß in den Sitzungen am 16. September 1998 und am 30. September 1998 ausgewertet.

Die Beschlußfassung des Unterausschusses sei gerade vor dieser Sitzung erfolgt. Die Koalitionsfraktionen hätten im Unterausschuß Änderungsvorschläge vorgelegt, die als Vorlage 12/2493 auch an den Haushalts- und Finanzausschuß verteilt worden seien. Aufgrund des kontroversen Abstimmungsergebnisses im Unterausschuß sei eine erneute Aussprache im Haushalts- und Finanzausschuß vorgesehen.

Erwin Siekmann (SPD) berichtet aus dem Unterausschuß "Personal", die Koalitionsfraktionen hätten dem Gesetzentwurf einschließlich der beschlossenen Änderungen zugestimmt. Zu zwei wesentlichen Diskussionspunkten habe die CDU andere Auffassungen vertreten.

Strittig sei gewesen, ob es eine redaktionelle Änderung sei, im Gesetz vom "Ministerium für Inneres und Justiz" zu sprechen. Es sei darüber diskutiert worden, ob das anstehende Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof durch diese Formulierung beeinflußt würde und ob die Formulierung im Widerspruch zur Äußerung der Landesregierung gegenüber dem Verfassungsgerichtshof stehe. Die Koalitionsfraktionen hätten die CDU-Bedenken nicht geteilt und ihre Auffassung beibehalten. Ein Vertreter des Finanzministeriums habe SPD und GRÜNE in ihrer rechtlichen Beurteilung unterstützt. *(Siehe auch Ausschußprotokoll 12/1101.)*

Es sei vereinbart, die Abstimmungsergebnisse des Unterausschusses - in diesem Fall die Annahme durch SPD und GRÜNE gegen die Stimmen der CDU - im Haushalts- und Finanzausschuß zu übernehmen, erklärt **Vorsitzender Leo Dautzenberg**.

(Abstimmungsergebnis siehe Beschlußteil.)

7 Verschiedenes

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) verabschiedet den Ausschußvorsitzenden Leo Dautzenberg, der nach seiner Wahl in den Bundestag heute zum letztenmal den Haushalts- und Finanzausschuß leite. Er habe gerade seinen 19. und letzten Landeshaushalt unter Dach und Fach gebracht. Leo Dautzenberg sei seit 1980 im nordrhein-westfälischen Landtag und immer Haushalts- und Finanzpolitiker gewesen: im Unterausschuß "Personal", als finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion und dann lange Jahre als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses.

Er sei immer persönlich engagiert gewesen; Privatleben und berufliche Leidenschaft hingen eng zusammen. Am 13. Januar 1994 habe eine öffentliche Anhörung zum Sparkassengesetz gerade noch beendet werden können, ehe Leo Dautzenberg im Krankenhaus die Geburt seines vierten Kindes miterlebt habe.

Auch künftig werde wenig Zeit für die Familie bleiben. Seit Mitte November sei er Vorsitzender des Rates der EUREGIO. Wie erwartet sei Leo Dautzenberg im Bundestag Mitglied des Finanzausschusses und außerdem - wie im Landtag in seiner ersten Legislaturperiode - des Petitionsausschusses.